

WiSt Wirtschaftswissenschaftliches Studium

ZEITSCHRIFT FÜR AUSBILDUNG
UND HOCHSCHULKONTAKT
7. Jahrgang · Heft 12 · Dezember 1978

Herausgeber:
Prof. Dr. Erwin Dichtl
Prof. Dr. Otmar Issing

Wissenschaftliche Beiträge

Der Einfluß der Wirtschaftslage auf Wählerentscheidungen

Von Prof. Dr. Bruno S. Frey, Zürich

Die empirische Forschung im Rahmen der ökonomischen Theorie der Politik ist für die Theorie der Wirtschaftspolitik, die Finanzwissenschaft und für die Wirtschaftstheorie bedeutend, weil damit eine Erweiterung der bislang weitgehend auf den Markt beschränkten Analyse erfolgt.

Es wird hier dargestellt, wie die Wähler auf Veränderungen der Wirtschaftslage reagieren und die Regierung hierfür verantwortlich machen. Der Niederschlag findet sich in den Wahlergebnissen und in der Popularität der Regierung. Empirische Untersuchungen geben einen Hinweis darauf, welche Bedeutung den einzelnen wirtschaftlichen Variablen zukommt.

Dr. Bruno S. Frey ist o. Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Zürich. Bevorzugte Forschungsgebiete: Ökonomische Theorie der Politik, Umweltökonomie und Theorie der Wirtschaftspolitik.

1. Problemstellung

In Deutschland hat die Bevölkerung die schmerzliche Erfahrung gemacht, daß eine schlechte Wirtschaftslage – insbesondere Inflation und nachfolgende hohe Arbeitslosigkeit – das Aufkommen des Nationalsozialismus begünstigt und damit wesentlich zum Zusammenbruch der Weimarer Republik beigetragen hat. Umgekehrt hat die Nachkriegszeit gelehrt, daß das „Wirtschaftswunder“ mit bemerkenswerter politischer Stabilität verbunden war. Auch bei anderen Ländern kann beobachtet werden, daß eine gute Wirtschaftslage für die Regierung günstig ist, während eine schlechte Wirtschaftslage der Opposition zu Stimmengewinnen verhilft.

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Grad der Zustimmung zur Regierungspolitik ist seit einiger Zeit Gegenstand wissenschaftlicher Analyse. Es wird untersucht, wie stark der Einfluß der wirtschaftlichen Variablen auf die Einschätzung der Regierungsleistung durch die Wähler ist und ob es zeitlich und im Vergleich zwischen verschiedenen Ländern stabile Beziehungen gibt. Diese Ergebnisse sind aus verschiedenen Gründen bedeutend:

- Wählerentscheidungen sind eine Art Offenbarung der **Präferenzen** durch die Individuen.
- Der Wirtschaftspolitiker gewinnt **Informationen** über die Auswirkungen einer von ihm vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Maßnahme auf den Wahlerfolg der Regierung.
- Die positive wirtschaftswissenschaftliche Analyse wird um einen wichtigen Bestandteil ergänzt. Der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Wählerentscheidungen stellt ein wesentliches Glied beim Bemühen dar, den **Gesamtzusammenhang** zwischen Wirtschaft und Politik quantitativ zu erfassen (politisch-ökonomische Modelle).

2. Wählerverhalten

Die Wähler treffen ihre politischen Entscheidungen unter **unvollständiger Information**. Sie haben wenig Anreize, Informationen zu erwerben und zu verarbeiten. Eine unter hohem Informationsaufwand getroffene Entscheidung stellt ein „öffentliches Gut“ dar: Der Nutzen kommt den Mitgliedern der Gesellschaft zugute, während die Kosten der Informationsbeschaffung vom einzelnen Wähler zu tragen sind. Es ist daher für den einzelnen rational, nicht voll informiert zu sein. Daher wird der („durchschnittli-

che“) Wähler sich seine Wahlentscheidung einfach machen: Wenn die Wirtschaftslage verbessert wird, sind die Wähler mit der Regierung zufrieden und unterstützen sie; wird die Wirtschaftslage dagegen schlechter, wird dies der gegenwärtigen Regierung angelastet und entsprechend wächst die Bereitschaft, die Opposition zu unterstützen.

Die Wirtschaftslage kann in diesem Zusammenhang durch die drei Variablen **Inflationsrate**, **Arbeitslosenquote** und **Wachstum des realen verfügbaren Einkommens** erfaßt werden. Es wird die Hypothese aufgestellt, daß, wenn Inflationsrate und Arbeitslosenquote zunehmen, die Unterstützung der Regierung zurückgeht. Wenn die Wachstumsrate des realen verfügbaren Einkommens steigt, wird erwartet, daß die Zustimmung zur Regierungspolitik steigt. Diese Hypothese kann mit Hilfe von multiplen Regressionen empirisch getestet werden.

Die Einschätzung der Regierung durch die Bevölkerung kann anhand von zwei Indikatoren erfaßt werden:

- **Wahlergebnisse**, die alle vier bis fünf Jahre anfallen.
- **Popularitätsindizes**, die meist monatlich durch Meinungsbefragungsinstitute, wie z. B. das Demoskopische Institut in Allensbach, ermittelt werden. Sie enthalten die Antwort auf die den Testpersonen gestellte Frage: „Wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?“ Der Prozentanteil der Befragten, die dabei die Partei (oder die Parteien) an der Regierung nennen, wird als Regierungspopularität bezeichnet. Es hat sich erwiesen, daß Popularitätsdaten eine gute Voraussage der tatsächlichen Wahlergebnisse ermöglichen. Noch wichtiger ist, daß Umfragen über die Popularität für die Regierung die einzige Möglichkeit darstellen, um zwischen den Wahlen zu erfahren, inwieweit die Bevölkerung mit ihrer Politik einverstanden ist. Auf Grundlage dieser Umfragen kann die Regierungspartei die Chance einer Wiederwahl abschätzen und möglicherweise Maßnahmen ergreifen, um ihre Wiederwahlchance zu erhöhen.

Im nächsten Abschnitt wird der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Wahlergebnisse, im Abschnitt 4 auf die laufende Popularität diskutiert.

3. Einfluß der Wirtschaftslage auf das Wahlergebnis

Die Wirkung von Veränderungen wirtschaftlicher Variablen auf die bei Wahlen abgegebenen Stimmen werden anhand von **Wahlfunktionen** erfaßt. Bisher liegen nur für die **Vereinigten Staaten** befriedigende Ergebnisse vor, denn nur dort gibt es vergleichbare Wahlergebnisse bis ins 19. Jahrhundert zurück. Die von einer Wahlfunktion erklärte Variable ist der prozentuale Stimmenanteil der bisherigen Regierungspartei. Unter den erklärenden Variablen sind neben den bereits genannten wirtschaftlichen Faktoren auch andere, nicht ökonomische Einflüsse zu berücksichtigen (wie z. B. der Einfluß von Kriegen).

Die folgende *Tabelle 1* zeigt, wie die Inflationsrate, die Veränderung der Arbeitslosenquote und das Wachstum des Realeinkommens den Wahlgang beeinflussen. Es handelt sich um einen Ausschnitt aus einer komplexen Schätzung, die auch nicht-ökonomische Einflüsse enthält.

Stimmenanteil der (jeweiligen) Regierung %	Wirtschaftliche Variablen		
	Inflationsrate %	Veränderung der Arbeitslosenquote %	Wachstum des realen (verfügbaren) Einkommens %
Kongreßwahlen 1896-1964	- 0.49*	0.001	0.46*
Präsidentenwahlen 1916-1972	- 0.55	-	0.88*

Ein Stern gibt an, daß der entsprechende Koeffizient mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% statistisch signifikant von Null verschieden ist.

Tab. 1: Einfluß der Wirtschaftslage auf die Wahlergebnisse in den Vereinigten Staaten

Aus *Tabelle 1* wird deutlich, daß sowohl bei den Kongreßwahlen als auch bei den Präsidentenwahlen das Wachstum des Realeinkommens einen signifikanten positiven Einfluß auf den Stimmenanteil der jeweiligen Regierung ausübt. Steigt die Wachstumsrate des realen verfügbaren Einkommens um einen Prozentpunkt – z. B. von 3 auf 4 Prozent pro Jahr – steigt der Stimmenanteil der Regierung um 0,46 Prozentpunkte bei Kongreßwahlen und um 0,88 Prozentpunkte bei Präsidentenwahlen (von einem Stimmenanteil von z. B. 50% auf einen solchen von 50,88). Die Inflationsrate scheint nur bei den Kongreßwahlen einen signifikanten Einfluß auszuüben: Steigt die Inflationsrate um einen Prozentpunkt, fällt der Stimmenanteil der Regierung um 0,49 Prozentpunkte. Die Veränderung der Arbeitslosenquote scheint gemäß *Tabelle 1* keinen statistisch signifikanten Einfluß auf die amerikanischen Wahlergebnisse auszuüben.

Die empirische Testung von Wahlfunktionen ist wegen der erforderlichen langen Schätzperiode äußerst problematisch. Seit 1896 (bzw. 1916) sind viele Veränderungen eingetreten, die dazu führen können, daß die Wähler Veränderungen der Wirtschaftslage anders einschätzen und entsprechend andere Wahlentscheidungen treffen. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, den Einfluß der wirtschaftlichen Variablen auf die Zustimmung zur Regierungspolitik mit Hilfe von Popularitätsdaten zu untersuchen.

4. Einfluß der Wirtschaftslage auf die Regierungspopularität

Bei der Verwendung von Popularitätsdaten als abhängige Variable kann eine wesentlich kürzere Schätzperiode verwendet werden, weil viel häufigere Beobachtungen vorliegen. In *Tabelle 2* werden entsprechende Schätzungen für den Einfluß der wirtschaftlichen Variablen auf die Regierungspopularität wiedergegeben. Es handelt sich um Schätzungen mit Vierteljahresdaten (für Schweden mit Monatsdaten); die wirtschaftlichen Variablen beziehen sich auf die gleiche Periode wie die Popularitätsdaten, nur die Inflationsrate ist um ein Vierteljahr verzögert. Wie-

derum wird nur ein Ausschnitt aus einer komplexen Schätzgleichung – der Einfluß der wirtschaftlichen Variablen – wiedergegeben.

Popularitätsanteil der (jeweiligen) Regierung %	Wirtschaftliche Variablen		
	Inflations- rate %	Arbeits- losenquote %	Wachstum des realen (verfügbaren) Einkommens %
Bundesrepublik Deutschland 1957–1975	– 1.5*	– 1.7*	0.6*
Schweden 1967–1973	– 0.9*	– 5.2*	0.3(*)
Vereinigtes Königreich 1959–1974	– 0.6*	– 6.0*	0.8*
Vereinigte Staaten 1953–1976	– 1.6*	– 4.1*	0.1(*)
Ein Stern in Klammern gibt an, daß der entsprechende Koeffizient mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% statistisch signifikant ist.			

Tab. 2: Einfluß der Wirtschaftslage auf die Popularität der Regierung in verschiedenen Ländern in der Nachkriegszeit

Die Popularitätsfunktion zeigt statistisch besser abgesicherte Ergebnisse als die Wahlfunktion (Tabelle 1). Alle drei wirtschaftlichen Variablen üben unabhängig voneinander einen statistisch signifikanten Einfluß auf die Popularität der Regierung aus: Steigt die Inflationsrate um einen Prozentpunkt, fällt die Popularität der Regierung zwischen – 0.6 Prozentpunkte (im Vereinigten Königreich) bis zu – 1.6 Prozentpunkte (USA). Steigt die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt, fällt die Popularität der Regierung zwischen – 1.7 (in der Bundesrepublik Deutschland) bis zu – 6.0 Prozentpunkte (Vereinigtes Königreich). Die für Deutschland geschätzte Größe des Einflusses der Arbeitslosigkeit auf die Regierungspopularität liegt sehr tief – diejenige für die Inflation im Vergleich dazu hingegen hoch. Steigt die Wachstumsrate des realen verfügbaren Einkommens um einen Prozentpunkt, steigt die Popularität der Regierung um zwischen 0,1 (USA) bis zu 0,8 Prozentpunkte (Vereinigtes Königreich).

Diese Ergebnisse der verschiedenen ökonometrischen Analysen erlauben folgende **allgemeinen Aussagen**:

- Alle drei makroökonomischen Variablen üben einen statistisch signifikanten und unabhängigen Einfluß auf die Popularität und damit auf die Wiederwahlchance der Regierungsparteien aus.
- Den weitaus stärksten Einfluß übt die Arbeitslosigkeit aus. Die Wähler scheinen die Regierung für zunehmende Beschäftigungslosigkeit besonders stark verantwortlich zu machen.
- Im Vergleich zur Arbeitslosigkeit hat eine einprozentige Erhöhung der Inflationsrate einen weit schwächeren Einfluß auf die Regierungspopularität. Dieser geringere Einfluß der Inflation ist nicht unplausibel, denn wenn Preissteigerungen von den Wirtschaftssubjekten voraus-

gesehen werden, können sie sich daran anpassen und es entstehen nur geringe Wohlfahrtseinbußen.

- Die Wachstumsrate des Realeinkommens übt – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs – den schwächsten Einfluß auf die Popularität der Regierung aus.

5. Weitere Aspekte der Popularitätsfunktion

Die soeben diskutierten Ergebnisse gelten selbstverständlich nur für den angegebenen Schätzzeitraum. Es darf keine vorschnelle Verallgemeinerung vorgenommen werden. Die geschätzten Koeffizienten ändern sich über die Zeit, und nicht jede Partei an der Regierung wird von Änderungen in der Wirtschaftslage in gleicher Weise betroffen.

Ökonometrische Schätzungen haben z. B. ergeben, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland in der Zeit zwischen 1969 und 1977 die Popularität der SPD/FDP-Regierung in stärkerem Maße beeinträchtigt hat als unter den von der CDU dominierten Regierungen zwischen 1950 und 1966. Die Arbeitslosigkeit ist in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein politisch wenig wichtiges Problem gewesen, weil sie stetig abgebaut wurde. In der Mitte der siebziger Jahre hat die hohe Inflation zu Recht auch bei den Wählern große Bedenken ausgelöst. Die Bevölkerung weiß aus Erfahrung, daß auf rasch zunehmende Inflation mit großer Sicherheit eine „Stabilitätskrise“ folgen wird, die zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit führt. Selbst wenn die Wähler vor allem Arbeitslosigkeit fürchten, ist es doch rational, eine Regierung, die eine akzelerierende Inflation zuläßt, zu bestrafen.

Die Einschätzung der Wirtschaftslage und die Zustimmung zur Regierungspolitik sind überdies je nach **Einkommenschicht** verschieden. Empirische Schätzungen für die Vereinigten Staaten haben ergeben, daß die unteren Einkommenschichten der Arbeitslosigkeit größeres Gewicht als den Preissteigerungen zumessen. Umgekehrt verabscheuen die oberen Einkommenschichten die Inflation stärker als die Arbeitslosigkeit. Diese Gewichtung ist verständlich, weil Arbeitslosigkeit vor allem die unteren Einkommenschichten und Inflation vor allem die oberen Schichten direkt betreffen.

Empirische Untersuchungen haben zusätzlich folgende Variablen in der Popularitätsfunktion berücksichtigt:

- (1) **Steuern und Einkommensübertragungen.** Diese beiden Faktoren sind in den oben angeführten Schätzergebnissen per Saldo bereits berücksichtigt, weil das Wachstum des **verfügbaren** Einkommens zu den erklärenden Variablen gehört. Werden die Transfers an Haushalte explizit eingeführt, so weisen sie einen hoch signifikanten Einfluß auf. Das Vertrauen auf die Existenz einer derartigen Beziehung dürfte eine deutsche Regierung bewegen haben, kurz vor einer Bundestagswahl ein „Pennälergehalt“ einzuführen, das nach den Wahlen prompt wieder aufgehoben wurde. Der direkte Einfluß der Steuern ist bisher hingegen noch nicht ernsthaft untersucht worden.
- (2) **Angebot öffentlicher Leistungen.** Es ist zu erwarten, daß eine verbesserte Bereitstellung öffentlicher Güter

und Dienstleistungen sich zugunsten der Regierungspartei auswirkt. Hier stellen sich vor allem Meßprobleme; eine Erfassung mit Hilfe der Staatsausgaben wäre fragwürdig, denn es würde damit ja nur der Aufwand (Input) erfaßt;

- (3) **Ausgaben für Propaganda.** Querschnittsuntersuchungen von amerikanischen und kanadischen Wahlen bestätigen, daß Ausgaben für politische Werbung den Stimmenanteil einzelner Kandidaten und Parteien erhöhen. Es scheinen allerdings abnehmende Grenzerträge vorzuliegen.

Es wurde bereits erwähnt, daß auch nicht-wirtschaftliche Faktoren einen Einfluß auf die Wählerentscheidungen ausüben. In den hier angeführten und in zahlreichen anderen Schätzungen wurden zum Beispiel innenpolitische Skandale (wie z. B. Watergate in den Vereinigten Staaten) und außenpolitische Ereignisse (wie z. B. der Krieg in Vietnam im Falle der Vereinigten Staaten) berücksichtigt. Die meisten politischen Einflüsse sind jedoch so kurzfristig und wenig systematisch, daß sie durch den Zufallsterm der Regressionsgleichung aufgefangen werden können.

6. Einschätzung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftslage und Politik erlauben zwei Folgerungen:

- (1) Der Einfluß der wichtigen makroökonomischen Variablen Inflationsrate, Arbeitslosenquote und Realeinkommenswachstum auf die Wahlergebnisse und die Popularität der Regierung kann als gesichert angesehen werden.
- (2) In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre lasten die Wähler eine Zunahme der Arbeitslosigkeit der Regierung besonders stark an.

Eine unter Wiederwahlzwang stehende Regierung kann daraus entnehmen, daß eine **expansive Politik** sich lohnt. Ist die Inflationsrate nicht sehr hoch, so kann eine Regierung davon ausgehen, daß sich die als Folge einer expansiven Politik verursachte Senkung der Arbeitslosenquote **und** gleichzeitig höherem Einkommenswachstum ihre Popularität unter den Wählern erhöht. Führt sie eine solche Politik relativ kurz vor den Wahlen durch, kann sie darüber hinaus damit rechnen, daß die induzierte Inflationser-

höhung erst nach den Wahlen auftritt. Diese Zusammenhänge werden im Rahmen politisch-ökonomischer Modelle analysiert.

Literatur

Zur ökonomischen Theorie der Politik im allgemeinen, sowie deren Anwendungen und empirische Testung vergleiche:

Frey, Bruno S., *Moderne Politische Ökonomie*, München 1977.

Die in der *Tabelle 1* wiedergegebenen Ergebnisse für Wahlfunktionen für die Vereinigten Staaten stammen von:

Kramer, Gerold H., Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964, in: *American Political Science Review* 65 (März 1971), S. 131-143; deutsche Übersetzung in: *Pommerehne, Werner W. und Frey, Bruno S. (Hrsg.), Ökonomische Theorie der Politik*, Heidelberg (erscheint demnächst).

Fair, Ray C., The Effect of Economic Events on Votes for President, in: *Review of Economics and Statistics* 60 (Mai 1978), S. 159-173.

Die in *Tabelle 2* wiedergegebenen Resultate der Schätzungen von Popularitätsfunktionen stammen aus:

Kirchgässner, Gebhard, *Rationales Wählerverhalten und optimales Regierungsverhalten*, Dissertation an der Universität Konstanz 1976; Madsen, Henrik Jess, *Electoral Outcomes and Macroeconomic Policies: The Scandinavian Cases*, vervielfältigtes Manuskript, Universität Aarhus 1978.

Frey, Bruno S. und Schneider, Friedrich, An Empirical Study of Politico-Economic Interaction in the United States, in: *Review of Economics and Statistics* 60 (Mai 1978), S. 174-183.

Frey, Bruno S. und Schneider, Friedrich, A Politico-Economic Model of the United Kingdom, in: *Economic Journal* 88 (Juni 1978), S. 243-253.

Kontrollfragen

1. Welches Verhalten wird den Wählern unterstellt?
2. Wie wird der Zusammenhang zwischen der Wirtschaftslage und den Wählerentscheidungen empirisch untersucht?
3. Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Verwendung von Wahldaten?
4. Was sind die wichtigsten Ergebnisse der Schätzung von Popularitätsfunktionen?

Die Antworten auf die Kontrollfragen finden Sie im WiSt-Testbogen auf S. 599.